

POSITION

Für eine mittelstandsfreundliche Europapolitik – Wir bekennen uns zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Der Liberale Mittelstand spricht sich klar für Europa und den Euro aus. Wir setzen Europa – im Sinne der Europäischen Union – und den Euro allerdings nicht gleich, die EU geht weiter über die gemeinsame Währung der Euro-Länder hinaus. Das Entstehen der EU und das Zusammenwachsen des Kontinents haben zu Frieden, Freiheit und Stabilität geführt, wie die Europäer sie vorher nicht kannten. Dieser Prozess ist – trotz der Krisen in den letzten Jahren – mit einem Mehr an Wohlstand und Sicherheit für die Europäer einhergegangen. Wesentliche Gründe dafür waren auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die gemeinsame Währung der 18 Euro-Länder.

Es wurde viel erreicht – aber es bleibt noch viel zu tun. Der Liberale Mittelstand tritt für mutige Reformen ein, um ein Europa zu schaffen, das sich Freiheit, Marktwirtschaft, Wettbewerb und Unternehmertum verpflichtet fühlt. Dafür stehen wir:

- **Ein Europa der stabilen Finanzen:** Finanzkrisen und die damit verbundenen Hilfen dürfen nicht zum Regelfall werden. In allen Euro-Ländern müssen Schulden zügig abgebaut und Schuldenbremsen in den Verfassungen verankert werden. Die Europäische Zentralbank muss ein seriöser und politisch neutraler Hüter der Geldwertstabilität sein.
- **Ein Europa der Vielfalt:** Die Stärke Europas liegt in seiner Vielfalt – nicht in zentralistischer Gleichmacherei. Unsere Vision sind starke Regionen in einem föderalen europäischen Bundesstaat eines vielfältigen und bunten Europas. Die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort sind Teil dieser gewachsenen regionalen und kulturellen Vielfalt.
- **Ein Europa der Rechtsstaatlichkeit:** Recht schafft Planungssicherheit für den Mittelstand. Deshalb müssen Verträge eingehalten werden. Dies gilt vor allem für die Stabilitätskriterien und andere fundamentale Prinzipien, auf denen die EU aufgebaut ist.
- **Ein Europa der Marktwirtschaft:** Die Freiheit von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen haben Wohlstand und Wachstum geschaffen. Dort, wo es noch Einschränkungen gibt, müssen diese sukzessive abgebaut werden. Eine Freihandelszone zwischen EU und USA muss zügig umgesetzt, Marktzutrittsbarrieren für Entwicklungsländer abgebaut werden.
- **Ein Europa des Mittelstands und des Unternehmertums:** Bürokratie lähmt den Mittelstand. Vorhandene Rechtsvorschriften müssen überprüft und entrümpelt werden. Unternehmertum lebt vom Wert der besseren Ideen – nicht von Subventionen. Alle EU-Subventionen müssen auf den Prüfstand und deutlich zurück gefahren werden.

Wir stehen deshalb für die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik, von der deutsche Unternehmen besonders profitiert haben. Der europäische Binnenmarkt ist der wichtigste Abnehmer unserer Exporte, denen keine Zollschränken und Kontingentierung mehr entgegenstehen. Fachkräfte können sich – ebenso wie Waren, Kapital und Dienstleistungen – frei in Europa bewegen und niederlassen. Durch die Weiterentwicklung der Wirtschaftsgemeinschaft zum einheitlichen Binnenmarkt sind jegliche Regelungen, die den Handel unter den Bündnispartnern erschweren könnten, von vornherein unzulässig.

Die aus dem Benachteiligungsverbot folgende Inländergleichbehandlung im gesamten Gebiet der EU führt dazu, dass etwa Kaufleute, die Waren in einem anderen EU-Mitgliedstaat veräußern, keinen anderen Vorschriften unterworfen werden als denjenigen, die auch für die Inländer des betreffenden Staats gelten. Im Rahmen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie wird der grenzüberschreitende Handel mit Dienstleistungen politisch gefördert.

Die Einführung des Euro als gemeinsame Währung hat die Transaktionskosten im europäischen Handel immens gesenkt: Es gibt keine Wechselkursrisiken mehr, Einkaufs- und Verkaufspreise müssen nicht mehr gegen Wechselkursschwankungen mit Finanzmarktprodukten abgesichert werden. Durch den Wegfall der Absicherungsgeschäfte gegen Fremdwährungsrisiken und Wechselkursschwankungen haben deutsche Unternehmen seit der Einführung der gemeinsamen Währung viele Milliarden Euro gespart. Die Zahlungsabwicklung ist einfacher und kosteneffizienter geworden, die Preise transparenter. Der Euro hat uns den Zugang zu ausländischen Absatzmärkten verschafft. Im Vergleich zu anderen Weltwährungen ist der Euro stabil: Es gab bisher keine starke Abwertung des Euro im Vergleich zu anderen Währungen. Auch liegt z. B. die Inflationsrate des Dollars deutlich höher. Der Euro ist die zweitwichtigste Reservewährung der Welt und der Anteil an Devisen in Euro, den andere Länder halten, nimmt weiterhin zu, was für ihr Vertrauen in die Stabilität des Euro spricht. Daraus ergibt sich ein stabiler Wechselkurs des Euro ohne größere Schwankungen, was die wirtschaftliche Entwicklung der Euro-Länder fördert, weil sich Investitionssicherheit und damit die Wachstumsperspektiven dadurch verbessern. Ein stabiler Wechselkurs gibt Planungssicherheit für die Importe von Rohstoffen und Vorprodukten sowie auf den Exportmärkten. Das hat besonders Deutschland in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise geholfen, da es ohne den Euro zu einer starken Aufwertung der Währung in Deutschland und damit zu großen Einbußen in der deutschen Exportwirtschaft gekommen wäre.

Vom europäischen Wirtschafts- und Währungsraum profitieren aber nicht nur die exportorientierten Unternehmen, sondern alle Europäer. Die Europäische Union fördert unter anderem die Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen bei Forschung und Entwicklung innovativer Produkte für Wachstumsmärkte. Dadurch wird nicht nur der Mittelstand gestärkt, sondern die Teilhabe aller am technischen Fortschritt ermöglicht. Durch den Druck der europäischen Wettbewerbshüter wurden monopolartige Strukturen aufgebrochen, Innovationsschübe entstanden und die Verbraucherpreise sanken. Durch komplexe Wertschöpfungsketten und Zulieferstrukturen sind die Unternehmen und ihre Mitarbeiter zunehmend vernetzt. - Ein stabiler Euro und geringe Transaktionskosten sichern Arbeitsplätze und Einkommen. Leider haben wir es in den letzten Jahren in Deutschland versäumt, den Menschen diesen materiellen, aber auch den ideellen Wert der europäischen Integration, deren greifbarer Beweis der Euro ist, zu vermitteln. In der sich herausbildenden europäischen Identität ist die gemeinsame Währung ein starkes politisches Symbol, ein Scheitern des Euro hätte also nicht nur ökonomische, sondern auch schwerwiegende politische Folgen.

Wir fordern deshalb eine ehrgeizige Politik zur Sicherung des Euro und zur Förderung des unternehmensgestützten Wachstums in Europa. Denn nur stabiles Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sind die Basis eines sicheren Euro. Die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion ist der Schlüssel zum Wohlstand und eröffnet die Möglichkeit, uns auch als Wirtschaftsmacht im internationalen Vergleich behaupten zu können. Deutschland mag zwar wirtschaftlich stärker als Griechenland, Portugal oder Frankreich sein, aber im Vergleich zu China, den USA oder Indien können wir nur im Verbund bestehen. Nur als geeintes Europa können wir europäische Interessen weltweit vertreten. Zu einer europäischen wirtschaftlichen Weltmacht gehört aber auch eine gemeinsame europäische Währung, die sich gegen andere Weltwährungen wie Dollar oder Yen behaupten kann. Wir lehnen deshalb ein Ausscheiden von der Staatspleite bedrohter Mitgliedsländer aus der Eurozone und eine Rückkehr zu nationalen Währungen ab. Dies wäre ein Schuldenerlass auf unsere Kosten, denn dann müssen wir als Gläubiger auf jeden Fall

einstehen, während eine Eurorettung die Chance birgt, dass ein Teil der Schulden beglichen und die Haushalte saniert werden können. Zudem ermöglicht ein Verbleiben in der Eurozone eine stärkere Kontrolle und Hilfe durch EZB, IWF und EU-Kommission. Ebenso wären die politischen Folgen unkalkulierbar. Ein Auseinanderbrechen des Wirtschaftsraums würde das Vertrauen in die europäische Politik und die europäischen Wirtschaftsstandorte derart schwächen, dass alle – aber insbesondere international agierende Unternehmen – massive Umsatz-, Gewinn- und Einkommenseinbußen erleiden würden.

Zu der Frage, wie eine Politik zur Sicherung und Stabilisierung des Euro dauerhaft gelingen kann, hat *Michael Theurer*, Abgeordneter im Europäischen Parlaments und aktives Mitglied Liberalen Mittelstand in Baden-Württemberg, zusammen mit seinem Parlamentskollegen *Alexander Graf Lambsdorff* und dem Professor für Volkswirtschaftslehre *Dr. Karl-Heinz Paqué* ein Positionspapier unter dem Titel „*Die Zukunft des Euro: Kritische Fragen – Liberale Antworten*“ vorgelegt, dem sich der Liberale Mittelstand ausdrücklich anschließt.